



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
28. April 1951.

P/VI/99

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Europa-Rat tritt zusammen	S. 1
Wärbotschaft Morgan Phillips	S. 3
Die Waffenlager der italienischen KP	S. 4
Blutrichter Roder	S. 5

Vorschau auf Strassburg

Von Fritz Erler M.d.B.

Am 5. Mai tritt die Beratende Versammlung des Europa-Rates zu ihrer dritten Sitzungsperiode zusammen. Noch mehr als sonst steht die Tagung im Zeichen der Unsicherheit. In Frankreich wird gewählt. Es steht nicht einmal genau fest, wann. Es ist damit zu rechnen, dass der Schatten der französischen Wahl die Arbeiten der Versammlung nicht unerheblich beeinträchtigt. Vielleicht kann sie ihre Tagesordnung nur zu einem geringen Teil abwickeln, vielleicht wird die Tagung überhaupt bis nach den französischen Wahlen verschoben.

Das ist nur ein äusseres Zeichen dafür, von wieviel nationalbedingten Momenten auch heute noch die Tätigkeit des europäischen Parlaments abhängig ist. Es hat sich viel vorgenommen. Die Tagesordnung für die 3. Sitzungsperiode umfasst 18 Punkte. Allerdings sind einige darunter zur endgültigen Behandlung im Herbst vorgesehen. Schmerzlich für uns Deutsche ist, dass die sehr wichtigen Beratungen in der Flüchtlingsfrage zwischen den Regierungen und in den Ausschüssen der Versammlung nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sind. Es wird Aufgabe der Bundesregierung sein, den schon eingenommenen Platz im Minister-Komitee auch dafür zu benutzen, diese europäische Schicksalsfrage möglichst schnell in der Versammlung verhandeln zu lassen, um über eine bloss statistische

Nachrichtensammelstelle hinaus zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Die Internationalisierung des Flüchtlingsproblems hat nur dann einen Sinn, wenn tatsächliche materielle Hilfe für die im Elend lebenden Menschen daraus entspringt.

Die Saar gehört dem Minister-Komitee nicht an. Es hat keines formalen deutschen Einspruchs bedurft; sie ist gar nicht zur Vollmitgliedschaft eingeladen worden. Es bleibt also bei ihrer assoziierten Zugehörigkeit zum Europa-Rat. Das ist gut so. War es schon peinlich, die Vertreter der Saar im Europa-Rat als Sprecher eines gewissermaßen unabhängigen Staatswesens auftreten zu sehen, so würde es für Deutschland unorthodox gewesen sein, etwa einen saarländischen Minister neben dem deutschen Außenminister auf der politischen Bühne zu beobachten.

Bisher hat die Versammlung temperamentvoll, aber fast ergebnislos um die Reform des Statuts und Erweiterung ihrer Zuständigkeiten gekämpft. Das Bemühen war interessant, aber offenbar doch nicht sehr sinnvoll. Die Versammlung ist an die Leine des Statuts angebunden und beklagt sich, dass die Leine zu kurz sei. Endlich hat sie gemerkt, dass sie bisher noch nicht einmal annähernd alles Terrain betreten hat, das ihr selbst mit dieser kurzen Leine zugänglich ist. Sollte sie sich zu praktischer Arbeit - wenn auch in den Grenzen des jetzigen Statuts - entscheiden, so wäre das voraussichtlich für den tatsächlichen Fortschritt des europäischen Einigungswerkes ein erheblicher Vorteil.

Die OEEC legt erstmalig ihren Bericht der Versammlung zur Diskussion vor. Damit wird jene für die europäische Wirtschaft lebenswichtige Organisation internationaler Experten zum ersten Male in ihrer Gesamtheit vor einem Parlament diskutiert. Aus dieser Diskussion können sich Elemente einer gesamteuropäischen Wirtschaftspolitik entwickeln.

Es steckt noch mehr an derartigen zukunfts-trächtigen Dingen in der Tagesordnung. Wenn man sich z.B. über die Vollbeschäftigung und den europäischen Arbeitsmarkt unterhält, tauchen alle Fragen der sozialen und ökonomischen Fundierung eines in der Realität geeinten Europas auf.

Es gibt auch Fragen, zu denen Gruppen von Nationen anderen Grup-

pen gegenüberstehen. Das sind dann in Wahrheit eben noch keine gesamt-europäische Fragen, sondern solche, bei denen sich die Konzeption, wie weit eigentlich Europa reicht, voneinander unterscheidet. Die einen beziehen eben England und die Länder jenseits des eisernen Vorhangs in ihre Europa-Vorstellungen ein, für die anderen ist Europa etwa das Reich Karls des Grossen.

Wieder steht die Verteidigungsfrage auf der Tagesordnung. Allerdings nur bescheiden als "Prüfung der erreichten Fortschritte". Die deutschen Sozialdemokraten haben die bisher in Strassburg erörterten Projekte für eine europäische Armee abgelehnt. Europa muss mehr sein als ein Militärbündnis. Ausserdem ist Europa heute aus eigener Kraft, selbst bei grössten Anstrengungen, nicht fähig, sich allein zu verteidigen. Ohne die Mitwirkung Amerikas geht das gar nicht. Deshalb hat es keinen Sinn, die Verteidigungsfragen unter der europäischen Glasglocke zu isolieren. Diese Frage ist längst über Europa hinausgewachsen und zu einer Frage der Verteidigung der Freiheit in der ganzen Welt geworden. Möge der Europa-Rat daher in weiser Beschränkung die Finger von ihr lassen.

+ + +

Morgan Phillips Maibotschaft an die SPD

Morgan Phillips, der Generalsekretär der Labour Party, übermittelt uns die nachfolgende, an die SPD gerichtete Maibotschaft:

Am 1. Mai nehmen die sozialdemokratischen Bewegungen der Welt die Gelegenheit wahr, ihre Solidarität kundzutun. Diesesmal begehen wir das Maifest im Schatten internationaler Spannungen und Unsicherheit.

In dieser kritischen Zeit ist es die Pflicht der sozialdemokratischen Bewegungen, ihren Glauben an Sozialismus und Frieden unter Beweis zu stellen und alle Kräfte zur Erreichung dieser Ziele einzusetzen.

Ich bin davon überzeugt, dass die SPD, mit der ich mich glücklich schätze, seit Kriegsende in kameradschaftlicher Verbindung zu stehen, unsere Ansichten teilt und gemeinsam mit uns die schwierigen Aufgaben, die vor uns liegen, zu lösen versucht.

Ich freue mich, der deutschen Sozialdemokratie meine kameradschaftlichen Grüsse entbieten zu können in der Hoffnung, durch künftige Zusammenarbeit das gemeinsame Ziel zu erreichen.

MORGAN PHILLIPS.

+ + +

Die Waffenlager der italienischen KP

V.S. Rom, im April.

Die Mailänder Polizeibehörden haben gegen den kommunistischen Senator und Parteiführer für die Lombardei Alberganti Strafanklage wegen Beleidigung gestellt und die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität beantragt wegen seiner Behauptung, die Polizei habe selber die grossen geheimen Waffenlager angelegt, die in den letzten Wochen in zunehmender Zahl ausgehoben worden sind. Diese Unterstellung ist ebenso ungeheuerlich wie lächerlich und zeugt von der grenzenlosen Torlogenheit, in der sich die Kommunisten infolge dieser zahlreichen Waffenfunde befinden. Denn die meisten dieser kleinen Arsenale sind in vermauerten Verstecken von grossen Fabriken in den Industriebezirken von Mailand, Turin und Genua entdeckt worden, deren Betriebsräte, Lagerhalter und Nachtwächter meist Kommunisten sind und denen solche der Polizei zugeschriebenen Machenschaften bestimmt nicht entgangen wären. Was Senator Alberganti unterstellte, scheint übrigens Parteiparole zu sein, denn eine ähnliche Behauptung hatte kurz zuvor während einer Parlamentsdebatte, also unter dem Schutz der absoluten Immunität, der Kommunistenführer Pajetta in einem Zwischenruf aufgestellt.

Als die Regierung das Gesetz, das die Nichtablieferung und das Verbergen von Waffen, Munition und Sprengstoffen unter (übrigens nicht einmal drakonische) Strafen stellte, Ende 1948 mit zweijähriger Ablauffzeit einbrachte, wurde es von den Kommunisten und ihren Satelliten, den Linksozialisten, wild bekämpft. Das allein war für ihre Absichten schon eindeutig genug. Seither wurden immer wieder und in allen Provinzen, vorallem des Nordens, kleinere oder grössere geheime Waffenlager aufgedeckt. Ende 1950 verlangte die Regierung die Verlängerung des Gesetzes auf weitere zwei Jahre. Abermals tobte die extreme Linke, konnte aber die Regierungsvorlage nicht verhindern, zumal die Erfahrungen bewiesen hatten, dass es sich nicht nur um "Kriegsandenken", "verrostete Bajonette", "Kinderpistolen" und "unbrauchbare Jagdgewehre" handelte, wie es die Kommunisten zunächst hingestellt hatten, um das Gesetz lächerlich zu machen, sondern um erhebliche Mengen von modernsten Schnellfeuerwaffen, von Handgranaten und von Dynamit, die kommunistische Parti-

sanen in der Zeit des deutschen Zusammenbruchs gesammelt und versteckt hatten.

Bisher glaubte man, dass sie damit rein interne Putschzwecke verfolgten, ähnlich wie die deutschen Kommunisten in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Aber in letzter Zeit wurde der wahre Zweck dieser geheimen Arsenale immer deutlicher: es handelte sich hauptsächlich um die Bewaffnung der Fünften Kolonne, die im Falle eines neuen Weltkrieges und der Invasion Nord-Italiens durch die Rote Armee hinter dem Rücken der italienischen und alliierten Streitkräfte operieren sollten. Die Rebellion der Abgeordneten Magnani und Cucchi gegen diesen von der Partei geplanten Landesverrat hat zwar bisher keinen grossen Umfang angenommen, aber vor allem unter früheren kommunistischen Partisanen tiefen Eindruck gemacht. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die nun häufig vorkommenden Waffenentdeckungen durch die Polizei hauptsächlich auf Anzeigen von ehemaligen Partisanen zurückzuführen sind, die sich zu diesem Spiel nicht länger hergeben wollen. Daher die wachsende Verwirrung unter den linientreuen kommunistischen Führern, die sich nicht anders zu helfen wissen als durch die alberne Unterstellung, dass die Polizei nur solche Waffenlager auffinde, die sie vorher selbst angelegt habe.

+ + +

Ein Herr Roeder
- - - - -

Man schreibt uns:

Auf Wahlversammlungen der SRP tritt ein Herr Roeder auf, der einst Hitlers Vertrauen besass, umgeben von uniformiertem Saalschutz und militaristischem Gedröhn und landet einen Wahlcoup. Sein Thema ist die "Rote Kapelle". Dieser Ausdruck entstammt dem Wortschatz der Gestapo und Herr Roeder verwendet ihn mit einem gewissen Behagen.

In Wirklichkeit gab es - in ihrer eigenen Terminologie - eine Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe. Der uns vorliegende "Abschlussbericht" der Gestapo macht einen genauen Unterschied zwischen der Landesverrat- und der Hochverrats-Gruppe. Herr Roeder bringt es fertig, sich heute wieder zu Wort zu melden, um ehemalige Widerstandskämpfer an Hand der Akten des Reichskriegsgerichtes zu diffamieren, die selt-

samerweise heute noch in seinem Besitz sind. Er steht auch heute noch zu seinem Auftrag, den ihm Hitler gab. Er rühmt sich dessen, was er seine Pflichten nennt. Zu ihnen gehörte, bei der Hinrichtung von Gefangenen anwesend zu sein, die, unmittelbar vor Weihnachten 1942, zum ersten Mal in der modernen Rechtsgeschichte an Fleischerhaken aufgehängt wurden, angebracht an einer Laufschiene im Hinrichtungsschuppen in Plötzensee. Die Arbeit wurde als "kriegswichtig" durchgeführt.

Kleidung und Wertsachen der Getöteten wurden in einer Anordnung des Dr. Roeder dem Reichssicherheitshauptamt der SS zur Verfügung gestellt, mit dem Ersuchen, sie "dortseits zu vernahmen". Zu seinen Pflichten gehörte es offenbar auch, den Verurteilten unmittelbar vor der Hinrichtung den Trost eines Geistlichen zu verweigern, gehörte es weiter, Gnadengesuche für zwei junge Frauen zu verweigern, die in der Untersuchungshaft Kinder gebären. Er liess die Kinder nach der Geburt den Müttern wegnehmen und diese dann hinrichten.

Roeder war einer der Hauptvertreter einer Schreckensjustiz, welche "pflichtgemäss" die Grundlagen der abendländischen Rechtsordnung mit Füßen trat. Roeder gehörte zu jenen Figuren, die den Krieg verlängern wollten, um das Leben Hitlers zu retten und sei es auf Kosten der geopfert Soldaten. Roeder hatte die Aufgabe, mit Hilfe einiger Paragraphen Hitlerscher Gesetze alle jene zu vernichten, die eine Verkürzung des Krieges anstrebten, weil sie dadurch Millionen deutscher Menschen das Leben retten wollten. Er war kein Richter, sondern ein Henker in richterlicher Verkleidung.

+ + +

SPD-Rundgebung im Rundfunk

(sp) Im niedersächsischen Wahlkampf stehen den demokratischen Parteien, die in sämtlichen Wahlkreisen kandidieren, Sendezeiten für Wahlansprachen über den NWDR zur Verfügung. Von der SPD werden dabei sprechen: am 2. Mai um 19.15 Uhr Ministerpräsident Kopf, am 4. Mai um 19.20 Egon Franke, Mitglied des Parteivorstandes, am 5. Mai um 19.25 Dr. Kurt Schumacher.

Im Eigenprogramm des Senders Hannover kommen zu Worte: am 30. April um 11.40 Uhr Minister Kubel, am 5. Mai um 11.35 Minister Albertz.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt.